

# Sächsische Volkszeitung

Wochensatzlich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.  
Wochensatzlich: 1 M. 50 Pf. (ohne Beleggeld). Bei  
mehrerer Abnahme 10 Pf. ermäßigt. Einzelnummer 10 Pf.

Unabhängiges Tagesblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Informationswesen die Agrar- u. Viehzucht, die  
15 Pf. bezieht, bei der Bestellung beizubehalten.  
Wochensatzlich, Beleggeld und Beleggeld: Dresden,  
Dillstr. 48. - Fernsprecher Nr. 1000.

## S. Die Hausindustrie in Deutschland.

„Es muß unbedingt etwas geschehen, so wie bisher kann es nicht weitergehen,“ das ist der Ruf, der augenblicklich in der Frage der Hausindustrie mit seltener Einstimmigkeit die soziale Welt Deutschlands durchdringt. Mag die deutsche Heimarbeit erst später zum Bewußtsein gekommen sein, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch jetzt noch in der breiten Öffentlichkeit die Auffassung von der Heimarbeit als einer idyllischen Betriebsform, in der sich die Arbeit in der Familie, um den häuslichen Herd abspielt, vielfach noch vorhanden ist. Erklärlich ist die Stellung der Wissenschaft jedoch, wenn man ermüdet, daß das dringende Problem der Industrie die Kreise der letzteren allein schon voll auf beschäftigt.

Aber wie nun helfen? Vor allem gilt es, mehr als das bisher geschehen ist und auch geschehen konnte, die öffentliche Meinung für das schwierige Problem der Regelung der Heimarbeit zu interessieren, sie für eine solche zu gewinnen durch Vorträge, durch die Presse usw. In letzterer Beziehung werden auch wir uns durch aufklärende Artikel mehr wie bisher in den Dienst der Sache der Heimarbeit stellen. Sodann aber sind die Anfänge, die wir bereits in den bestehenden Heimarbeitorganisationen haben, vor allem in dem christlichen Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen, weiter fortzuentwickeln, so daß diese eine Macht bilden, die kraft ihres eigenen Schwergewichtes auf eine mögliche Lösung der Heimarbeitfrage hindrängt. Organisierte Selbsthilfe und öffentliche Meinung werden dann schon von selbst dafür sorgen, daß auch der Staat an die gesetzgeberischen Pflichten herantritt, die seiner auf dem Gebiete der Heimarbeiterschutzgesetzgebung — keine Anlässe sind ja schon vorhanden — harren, so namentlich auf dem Gebiete des Versicherungsrechts, des Wohnungsrechts, der Tarifverträge, der Lohnfrage, des Gesundheitswesens usw. An Beispielen ist ja in dieser Beziehung die Gesetzgebung nicht arm. Die Pflicht wird für den Staat um so gebieterischer, als jede Maßnahme, die auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik für die Industrie getroffen wird und weitergetroffen werden muß, auf die Heimarbeit leicht ungünstig zurückwirkt. Unter diesen Gesichtspunkten, eventuell in der Erwägung, ob in solchen Fällen nicht besondere Abwehrmaßnahmen für die Hausindustrie zu treffen sind, muß jeder allgemeine sozialpolitische Akt in Zukunft geprüft werden.

Den Gründen sozialpolitischer und humanitärer Art nicht für eine Reform der Hausindustrie gewinnen können, der möge sich wenigstens von solchen nationaler Art leiten lassen. Wie die Anfänge staatlicher Sozialgesetzgebung vor etwa 70 Jahren der Sorge um die Erhaltung einer wehrfähigen Jugend beim Beginn des Industrialismus entsprangen, so möge auch die Rücksicht auf die durch Heimarbeit mehr als durch Industriearbeit bedrohte militärische Brauchbarkeit und Tüchtigkeit der heutigen Jugend zu einer Beschäftigung mit dem Problem der Hausindustrie beitragen.

Über nicht allein für die Heimarbeit selbst bedeutet die Heimarbeit schwere gesundheitliche Gefahren. Auch den Konsumenten der in der Heimarbeit hergestellten Artikel treffen diese Gefahren, so weit diese Artikel hauptsächlich der Nahrungs- und Genussmittelbranche angehören. Während für die Bearbeitung solcher Dinge in der Industrie im Interesse der Konsumenten gewisse Schutzvorschriften erlassen worden sind, auf deren Einhaltung gewissenhafte Arbeitgeber besonderen Wert legen, trifft dies für die Heimarbeit in keiner Weise zu.

Und weshalb konnte es denn bisher auf dem Gebiete der Heimarbeit so gehen? Einmal hängt dies zusammen mit der historischen Entwicklung. Soweit die Hausindustrie in Deutschland schon vor Jahrhunderten aus dem bäuerlichen Hausfließ als gewinnbringender Nebenbeschäftigung entstanden ist, ist sie sich geblieben in den weniger beachteten Gebirgsgegenden, am Ende langgestreckter Täler, Gegenden, in die das Interesse der Öffentlichkeit nur spärlich hineindrang. Und wo die Hausindustrie etwa aus dem Handwerk infolge des sich entwickelnden Verkehrs und vermehrter Arbeitsteilung hervorbrang oder sich als Rückentwicklung aus der Fabrik prägenierte, da sind es die entlegenen Höfe, die Hintergebäude in unseren Großstädten, Schlupfwinkel, in die die Heimarbeit sich zurückgezogen hat, aus denen keine Laute in die große Öffentlichkeit hinausdringen.

Dazu kommt der Mangel an fast jeglicher Organisation unter den Heimarbeitern. Während der zentralisierte Großbetrieb, die Fabrik, gewissermaßen gewachsener Boden ist für die gewerkschaftliche Organisation, die das soziale Bewußtsein der Öffentlichkeit stärkt und eigene starke Agitationskraft entfaltet, da er die Arbeiter mit ihren Sorgen und Wünschen tagtäglich zusammenbringt, bewirkt der dezentralisierte Großbetrieb, wie Sombart einmal die Heimarbeit genannt hat, das gerade Gegenteil. Erbarmungslos ist der Heimarbeiter seinem Verleger bzw. dessen Faktor überlassen. Und wie der Gedanke gewerkschaftlicher Organisation ferner nur platzgreifen kann unter einem Kon auf einer gewissen Höhe der Lebenshaltung und Geistesbildung stehenden Arbeiterschaft, so fallen bei dem für wenig Geld und unter langer Arbeitszeit schaffenden tiefer stehenden Heimarbeiter diese natürlichen Vorbedingungen fort.

Vor allem aber konnte es so weit kommen, weil die große Öffentlichkeit, jener mächtige Propeller auf dem Gebiete jeglicher Politik, vor allem der Wirtschaftspolitik, bis in die neueste Zeit hinein verjagt hat. Daraus kann man aber der Öffentlichkeit um so weniger einen Vorwurf

machen, als selbst die Wissenschaft, zu deren Forschungsgebiet eben das Wirtschaftsleben und damit auch die Hausindustrie gehört, die Nationalökonomie, eigentlich sich erst in den beiden letzten Jahrzehnten eine einigermaßen feststehende Meinung über letztere gebildet hat. Wenn selbst sie lange Zeit in der Heimarbeit eine man möchte sagen idyllische Betriebsform erblickt hat, ihr die die angeblichen Vorteile weit überwiegenden tiefgehenden Schäden der Heimarbeit erst später zum Bewußtsein gekommen sind, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch jetzt noch in der breiten Öffentlichkeit die Auffassung von der Heimarbeit als einer idyllischen Betriebsform, in der sich die Arbeit in der Familie, um den häuslichen Herd abspielt, vielfach noch vorhanden ist. Erklärlich ist die Stellung der Wissenschaft jedoch, wenn man ermüdet, daß das dringende Problem der Industrie die Kreise der letzteren allein schon voll auf beschäftigt.

Aber wie nun helfen? Vor allem gilt es, mehr als das bisher geschehen ist und auch geschehen konnte, die öffentliche Meinung für das schwierige Problem der Regelung der Heimarbeit zu interessieren, sie für eine solche zu gewinnen durch Vorträge, durch die Presse usw. In letzterer Beziehung werden auch wir uns durch aufklärende Artikel mehr wie bisher in den Dienst der Sache der Heimarbeit stellen. Sodann aber sind die Anfänge, die wir bereits in den bestehenden Heimarbeitorganisationen haben, vor allem in dem christlichen Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen, weiter fortzuentwickeln, so daß diese eine Macht bilden, die kraft ihres eigenen Schwergewichtes auf eine mögliche Lösung der Heimarbeitfrage hindrängt. Organisierte Selbsthilfe und öffentliche Meinung werden dann schon von selbst dafür sorgen, daß auch der Staat an die gesetzgeberischen Pflichten herantritt, die seiner auf dem Gebiete der Heimarbeiterschutzgesetzgebung — keine Anlässe sind ja schon vorhanden — harren, so namentlich auf dem Gebiete des Versicherungsrechts, des Wohnungsrechts, der Tarifverträge, der Lohnfrage, des Gesundheitswesens usw. An Beispielen ist ja in dieser Beziehung die Gesetzgebung nicht arm. Die Pflicht wird für den Staat um so gebieterischer, als jede Maßnahme, die auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik für die Industrie getroffen wird und weitergetroffen werden muß, auf die Heimarbeit leicht ungünstig zurückwirkt. Unter diesen Gesichtspunkten, eventuell in der Erwägung, ob in solchen Fällen nicht besondere Abwehrmaßnahmen für die Hausindustrie zu treffen sind, muß jeder allgemeine sozialpolitische Akt in Zukunft geprüft werden.

Den Gründen sozialpolitischer und humanitärer Art nicht für eine Reform der Hausindustrie gewinnen können, der möge sich wenigstens von solchen nationaler Art leiten lassen. Wie die Anfänge staatlicher Sozialgesetzgebung vor etwa 70 Jahren der Sorge um die Erhaltung einer wehrfähigen Jugend beim Beginn des Industrialismus entsprangen, so möge auch die Rücksicht auf die durch Heimarbeit mehr als durch Industriearbeit bedrohte militärische Brauchbarkeit und Tüchtigkeit der heutigen Jugend zu einer Beschäftigung mit dem Problem der Hausindustrie beitragen.

## Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 41. Sitzung am 12. Februar 1906.  
Die sozialpolitische Debatte beim Etat des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Arbeiterversicherung sei nur eine Art Armenfürsorge; das beweise am besten ihre Unzulänglichkeit. Die Leistungen der Unternehmer seien ganz niedrig. (Zurufe!) Er wolle nicht auf alle Zwischenrufe eingehen. (Präsident Graf v. Helldorf: Tun Sie dies auch nicht; Sie haben nur Ihre Rede zu halten und damit basta.) (Große Heiterkeit.) Unter System geht dahin, daß der Arbeiter nicht ewig gelot bleiben soll. Die Verdreher gegen die Arbeiter findet man in Preußen ebensowenig wie andere Wörter. Dabei bleibt das Einkommen der Arbeiter immer sehr niedrig; die Riesenvermögen wachsen ständig. Schließlich müsse die bestehende Gesellschaft in sich selbst zusammenbrechen. (Beifall links.) Abg. Fr. W. v. Müller (natl.): Als Knabe und Jüngling habe ich sehr schwer gearbeitet, auch körperlich, das sage ich den Herren links. Früher war man nicht so gleich mit der Ueberbildung bei der Hand wie heute. Wenn ich auch nie in einem Hüttenwerke arbeitete, so halte ich doch oft 16 Stunden Arbeitstag. Die Verhältnisse in der schweren Eisenindustrie seien nicht so, wie der Abg. Qu. es schilderte. An den Erfolgen unserer Industrie seien neben den Arbeitern doch auch diejenigen die Leiter der Werke und ihre technischen Angestellten die Ursache. (Sehr richtig!) Wohlwollende Schätzungen haben nicht ununterbrochen statt; 2 Stunden Pause treten immer ein. Redner bringt eine ganze Anzahl von Fällen vor, in welchen der Abg. Qu. eine Reihe von Unrichtigkeiten behauptet hat. Der Maximalarbeitstag würde vielen tüchtigen Arbeitern des Vorkriegsjahres erklären, fast unmöglich machen. Die Tarifverträge lassen sich nicht überall durchführen; im Vordruckgewerbe geht es, in anderen nicht, z. B. nicht in der Großindustrie, wo 80-90 Arbeiterkategorien vorhanden sind. Hier kann der geschickte Arbeiter nicht so entlohnt werden, wie der geschickte, sonst geht unsere Industrie auf dem Weltmarkt zurück. Das können wir nicht machen, sonst geht die Produktion zurück. (Tr. S. 10.) (Lum: Auch an Blech?) Wenn hier im Reichstoge Blech fabriziert wird, liefert die Sozialdemokratie am meisten. (Sittliche Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie ist der größte Fluch für unsere Arbeiterwelt. (Beifall rechts.) — Direktor Casper: Dem Staatssekretär ist es nie in den Sinn gekommen, die Verdienste der Techniker um den Fortschritt unserer Industrie nicht anzuerkennen. — Abg. Stöcker (W. Ver.): Es ist nicht richtig, daß unsere Arbeiterversicherung nur eine verbesserte Armenpflege ist; erstere gibt einen Rechtsanspruch. Die Erfahrungen der Vorkriegsjahre und praktische-christliche Ermahnungen führten zu den Arbeiterausgehenden. Ohne die Arbeiterversicherung würde es heute viel schlimmer stehen. Zwischen den arbeitenden Klassen und der Sozialdemokratie sollte man stets scharf unterscheiden; beide haben nichts miteinander zu tun. Die Sozialdemokratie anerkennt die Leistungen der Arbeitgeber nie; sie hegt immer nur

auf Unzufriedenheit will sie haben. Am 21. Januar sind die Genossen scharf zurückgewichen; einige Tage vorher war es anders. So sind z. B. in Berlin bei einem Massenmärsch allein 30 Revolver gekauft worden, gewiß nicht zum Fliegenschießen. (Heiterkeit.) Aber die Sozialdemokratie hat nicht den Mut, ihre Reden in Tat umzusetzen! In Rußland hat sich nur der nichtzulässige Epigraphenkommissar breit gemacht und der „Reichsrat“ verteidigt noch diesen. Aber trotzdem müssen wir auf der Bahn der Sozialpolitik vorwärts marschieren. Ich halte es für ein Unglück, daß die Rechte hier im Hause nicht mehr mitmischen. Deshalb müssen die Arbeiter sich zusammenschließen in erster Linie die Heimarbeit. Für diese ist die Regierungsverantwortung und Mindestlohn geboten. Die Forderung, der Sozialdemokratie Herr zu werden, liegt in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Letztere muß immer mehr erstarken und sich kräftigen. Der Blick auf Ausland beweist dies klar; die Sozialdemokraten haben die russischen Arbeiter verführt. (Sehr richtig!) Was Verstand und Gewissen hat, muß die Sozialdemokratie verlassen und sich der christlich-nationalen Arbeiterbewegung anschließen. Wer sich um die Arbeiter annimmt, gräbt der Sozialdemokratie am meisten Wasser ab. Man muß zu den Arbeitern mehr Vertrauen haben. Die Arbeiterwünsche müssen rascher erfüllt werden; Arbeiterkommissionen sind untauglich hold zu geben. Der Widerspruch gegen die christlichen Gewerkschaften ist aus den Kreisen der Hierarchie verschunden, im Zentrum ist kein einziger Anhänger der fatalen Forderungen, so ist es mir verifiziert worden. (Sehr richtig!) Welcher Streit aber herrscht in der Sozialdemokratie? Kein einziger Mensch kann die Grundzüge der Sozialdemokratie bilingen! Ich habe für diese Grundzüge nur das und zwar aus Liebe zum Vaterland und zur Kirche (Beifall). Die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse bekämpft stets die Metalle, was Redner durch viele Zitate beweist. Was von der Sozialdemokratie herkommt, sind die fiktiven und religiösen Ideen. Aber gerade deshalb gibt es bei uns nur Kampf bis zum äußersten. (Beifall rechts.) — Abg. v. P. v. St. (Zentr.): Wir können im Interesse der Zeit nicht alle Unrichtigkeiten der sozialdemokratischen Redner zurückweisen, aber eine muß ich zurückweisen, es betrifft ein Vorkommen in Regensburg. Der Bischof in Regensburg hat in den Streit mit den Arbeitern der Bischofsklostermauer nicht eingegriffen. (Beif.) Der Bischof von Regensburg hat eigene Erklärungen lassen, daß er die Koalitionsfreiheit anerkennt. (Beif.) Trödeln greift ihn der Abg. Sachse an; ich finde nicht den parlamentarischen Ausdruck, um ein solches Verhalten zu charakterisieren. (Beifall im Zentrum.) — Abg. v. Qu. (Soz.): Die Mittelstandfrage ist nun sehr zurückgetreten, es gibt keinen selbständigen Mittelstand. Die Konsumvereine wirken in der Tat sehr gut. Für den Arbeiter bringen sie große Vorteile. Das Gewerkschaftswesen wird sich noch weit mehr entwickeln zum Wohle der Arbeiter. Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß in späterer Abendstunde.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 13. Februar 1906.

Der preussische Vergarbeitsdenktag am 12. d. M. einen Beschlußantrag an, der befaßt, der Vergarbeitsdenktag halte daran fest, daß ein Reichsberggesetz geschaffen werden müsse, damit neben der Regelung bergrechtlicher Fragen für die Vergarbeiter im ganzen Reich ein genügender Schutz geschaffen und auch das Knappschaftswesen in dem Sinne reformiert und einheitlich geregelt werde, wie es im Herbst 1905 der preussische Vergarbeitsdenktag in Berlin beschlossen habe. Falls jedoch die Regierung abgeneigt sei, ein einheitliches Reichsberggesetz zu schaffen, so ersucht der Vergarbeitsdenktag die Regierung und den Reichstag, die Gewerbeordnung noch in dieser Session so zu ändern, daß zum Schutze der Vergarbeiter eine Anzahl näher bezeichneter Vorschriften über Schichtzeit, Ueber- und Nebenarbeiten, Rufen, Gehäusen, Betten, Wohnungen, Grubenkontrollen, Arbeiterausschüsse und ihre Befugnisse, Reform des Knappschaftswesens, Schiedsgerichte für Streitsachen und Einrichtung von Brauebädern für alle Gruben usw. erlassen werden. Alsdann wurde eine Resolution angenommen, die den Parteien gegen deren Wortführern im Reichs- und Landtage, die für Aufklärung der Borussia-Affäre eingetreten sind, den Dank des Vergarbeitsdenktages ausspricht. Im weiteren Verlaufe referierte Effert (christliche Gewerkschaft) über die Lohnfrage. Die Kommission arbeitete zwei Resolutionen aus, deren erste die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung enthält unter Hinweis auf die verteuerte Lebenshaltung und auf den Aufschwung der Konjunktur und schließlich die Erstrebung eines Minimallohnes und zur Erreichung desselben die Stärkung der Organisation empfiehlt. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die zweite Resolution beauftragt die Arbeiterausschüsse, in diesem Sinne bei den Betriebsverwaltungen vorzugehen zu werden und empfiehlt bei den Betrieben, wo keine Arbeiterausschüsse bestehen, die Wahl besonderer Kommissionen, die mit dieser Aufgabe zu betrauen seien. Diese Resolution wurde von den christlichen Gewerbevereinen, von dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein und dem Verein zur gegenseitigen Hilfe angenommen, während der alte Verband und der polnische Verein die Ausführung der Forderungen dieser Resolution für sich ablehnten. — Hierauf beantragte Sachse, die Siebenerkommission für ganz Preußen für zuständig zu erklären und zu vergrößern, während der Vorsitzende der Kommission Effert Zuwahl eines Mitgliedes beantragte. Ueber diese beiden Anträge wurde jedoch kein Einverständnis erzielt, somit bleibt der bisherige Zustand bestehen. Ferner wurde ein Antrag eingebracht, die bestehenden Organisationen zu veranlassen. Der Vertretertag überließ es den Organisationen, hierzu Stellung zu nehmen.

Der Bund der Landwirte hielt am Montag im Jirkus Busch seine Generalversammlung ab. Die Zahl der Teilnehmer ist auf 5000 Personen zu schätzen. Gegen 1 Uhr eröffnete der Vorsitzende Dr. Köfke-Gersdorf die Verhandlung mit einer Ansprache, in der er sagte: „Als Sie im vorigen Jahre so energisch die Frage verneinten, ob der Bund nun aufgelöst werden könnte, da haben Sie das Rechte